

Eisenbahnkreuzungen: Kommunen sind finanziell raus

Neuregelung betrifft unter anderem Wieren / Bund, Bahn und Land tragen künftig die Kosten

Uelzen – Entlastung für die Kommunen entlang der sogenannten Amerikalinie: Die Beseitigung der Bahnübergänge bezahlen künftig Bund, Bahn und Land, und zwar unabhängig davon, wem die betreffende Straße gehört.

Darin sieht Uelzens Bundestagsabgeordneter Henning Otte (CDU) „eine große Entlastung der Kommunen“. Denn künftig trägt der Bund

die Hälfte, die Bahn ein Drittel und das Bundesland, in dem die Kreuzung liegt, ein Sechstel der Kosten. Diese Änderung des Eisenbahnkreuzungsgesetzes hat das Bundeskabinett beschlossen. Der Beschluss soll nun zügig in das parlamentarische Verfahren gehen.

„Die Neuregelung dürfte auch in Wieren für Erleichterung sorgen, da die Gehwege hier im Eigentum der Ge-

meinde stehen“, so Otte.

Klares Ziel sei die Entlastung der Kommunen im Zuge der Beseitigung von Bahnübergängen. Zugleich wurde auch die Verschlinkung von Planungsverfahren für Ersatzneubauten beschlossen. So ist bei Neubauten wie beispielsweise einer Brücke ein aufwändiges Genehmigungsverfahren nicht mehr zwingend notwendig.

Bislang stellte die Beseiti-

gung der höhengleichen Bahnübergänge im Rahmen des Schienenprojektes Alpha-E der Bahn die Anrainer-Kommunen der Amerikalinie vor finanzielle Schwierigkeiten: Sind sie Baulastträger der Straßen, werden sie laut Eisenbahnkreuzungsgesetz zur Finanzierung der Tunnel und Brücken herangezogen.

Derzeit teilen sich Bund, Land und Kommunen die Baukosten zu jeweils einem

Drittel. Zusätzlich übernimmt das Land Niedersachsen 75 Prozent des kommunalen Anteils. Viele der Projekte verzögern sich, weil die Gemeinden den eigenen Finanzierungsanteil für kaum finanzierbar halten.

Die Neuregelung begünstigt den Bau von Unter- und Überführungen. Somit werden Wartezeiten vor geschlossenen Bahnschranken vermieden, resümiert Otte.